



12.05.06  
Nr. 27

## 113. Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder in Brüssel

HANNOVER. Erstmals in ihrer langjährigen Geschichte tagte die 113. Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder jetzt in Brüssel. Unter Leitung der Vorsitzenden der Bauministerkonferenz, Niedersachsens Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann, erörterten die Ministerinnen und Minister sowie Senatorinnen und Senatoren der Länder aktuelle Themen aus dem Bereich des Bau- und Wohnungswesens unmittelbar mit Vertretern der EU-Kommission.

Mit der für Regionalpolitik zuständigen Kommissarin Prof. Dr. Danuta Hübner fand ein Gedankenaustausch zur kommenden Strukturfondsperiode 2007 – 2013 und über die neuen Förderprogramme statt. Die Länder betonten die große Bedeutung des Nachhaltigkeitsprinzips für die Entwicklung deutscher Städte und Regionen und sahen ihre Anliegen in den anstehenden Beschlüssen auf der europäischen Ebene gut berücksichtigt. Das gilt insbesondere auch für die von Niedersachsen mit Nachdruck geforderte Möglichkeit einer Kofinanzierung der EU-Förderung auch mit privaten Geldern, die nunmehr allgemein gegeben sein soll.

**Kontakt:**  
**Thomas Spieker**  
☎ (0511) 120-4057



60 Jahre  
niedersachsen

Alles Gute: Niedersachsen.  
[www.60-jahre-niedersachsen.de](http://www.60-jahre-niedersachsen.de)

Aus dem Bereich der Generaldirektion Unternehmen und Industrie, die zum Aufgabenbereich des EU-Kommissars und stellvertretenden EU-Kommissionsvorsitzenden Günter Verheugen gehört, stellte Generaldirektor Heinz Zourek das Vorhaben zur Änderung der Bauproduktenrichtlinie dar. Hier läuft zurzeit die so genannte Konsultationsphase, in der die EU-Kommission für die konkrete Erarbeitung der Änderungsvorschläge eine Vielzahl von Argumenten und Vorschlägen erhält.

Die Länder machten deutlich, dass die aus dem Jahr 1989 stammende Bauproduktenrichtlinie grundsätzlich erhalten bleiben sollte. Eine durchaus notwendige Überarbeitung sollte zu mehr Klarheit der Vorschriften und zur Verbindlichkeit ihrer Gültigkeit in allen EU-Mitgliedsstaaten führen sowie die Interessenlage gerade der kleinen und mittleren Unternehmen berücksichtigen. Bei den geplanten Veränderungen zur Marktüberwachung der Bauprodukte sollten nach Vorstellung der Länder die künftigen Systeme unbürokratisch und kostengünstig arbeiten, die Qualität schon bei der Herstellung überprüft werden und bestehende funktionierende und effiziente Systeme in den Mitgliedsstaaten erhalten bleiben.

Generaldirektor Zourek sagte zu, diese Positionen der Länder in die Beratungen der EU-Kommission einzubeziehen. Zusammenfassend bewertete Ministerin Ross-Luttmann die Konferenz als ein wichtiges Signal sowohl für die Länder als auch für Europa. „Die Länderbauminister haben mit ihrer unmittelbaren Präsenz in Brüssel und mit den hochrangigen Gesprächspartnern deutlich gemacht, wie bedeutsam die Rolle der EU auch für diesen Politikbereich eingeschätzt wird. Sie wollen deshalb ihre Gesprächskontakte als Bauministerkonferenz in Brüssel bei geeigneten Gelegenheiten und Themen fortsetzen.“